



**Prof. Dr. Sabine Schlacke**

**Prof. Dr. Michael Sauthoff**

**Seminar zum Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht  
Sommersemester 2024**

**Internationales Energie-, Umwelt-, See- und Naturschutzrecht**

1. Tiefseebodenbergbau: Stand und Entwicklungen eines neuen Rechtsregimes
2. Anforderungen der Biodiversitätskonvention und des Nagoya-Protokolls an genetische Ressourcen, insb. in Form digitaler Sequenzinformationen
3. Biodiversity Beyond National Jurisdiction (BBNJ): völkerrechtlicher Biodiversitätsschutz jenseits nationaler Jurisdiktion
4. Strategische Prozessführung im internationalen Vergleich: Klimaklagen

**Europäisches und europäisiertes Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht**

5. Stand und Perspektiven des EU-Green Deal: Auswirkungen auf das EU-Umweltrecht
6. EU-Verordnungsentwurf zur Wiederherstellung der Natur: Zweck, Inhalt und Auswirkungen für das mitgliedstaatliche Umweltrecht
7. EU-Beschleunigungsgesetzgebung zwecks Ausbaus der erneuerbaren Energien: Ziele, Maßnahmen und Spielräume der Mitgliedstaaten
8. Das Verschlechterungs- und Verbesserungsgebot nach der Wasserrahmen-Richtlinie

9. Unionsrechtliche Anforderungen an die Bedarfsplanung für Fernstraßen, Eisenbahnlinien und Bundeswasserstraßen

## **Deutsches Umwelt-, Energie- und Infrastrukturrecht**

### **Energie- und Klimaschutzrecht**

10. Rechtliche Anforderungen an die Wasserstoffinfrastruktur: de lege lata und de lege ferenda
11. Rechtliche Anforderungen an die Herstellung von Wasserstoff: de lege lata und de lege ferenda
12. (Angestrebte) Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes: Einordnung und Bewertung – auch im Hinblick auf das Verfassungs- und Unionsrecht
13. Die Reichweite genereller bundesrechtlicher Vorgaben in die Anwendung einzelner Fachgesetze am Beispiel des § 13 Absatz 1 Satz 1 KSG und § 2 EEG
14. Rechtliche Bedeutung und Konsequenzen des Grundsatzes „erneuerbare Energien als überwiegendes/überragendes öffentliches Interesse“
15. Klimabezogene Vorgaben an bauliche Anlagen durch das Bauordnungsrecht: status quo, Möglichkeiten und Grenzen
16. Umweltziele als Anlass von verkehrsrechtlichen Anordnungen – Stand de lege lata und de lege ferenda
17. Klagen von Umweltverbänden im Zusammenhang mit verkehrsrechtlichen Anordnungen nach § 45 StVO: Stand und Perspektiven
18. Wärmewende: Ziele und Instrumente des novellierten Gebäudeenergiegesetzes

### **Naturschutzrecht**

19. Die Förderung von Windenergieanlagen durch die Neuregelung artenschutzrechtlicher Vorschriften im Bundesnaturschutzgesetz (§§ 45b ff. BNatSchG)
20. Sicherung und Kontrolle von naturschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen (insb. Ausgleichs- und Kohärenzsicherungs-, CEF- und Schadensvermeidungsmaßnahmen)
21. Die naturschutzrechtliche Einschätzungsprärogative: Neuausrichtung nach dem Beschluss des BVerfG vom 23.10.2018 (1 BvR 2523/13, 1 BvR 595/14)?

### **Infrastrukturrecht (insb. Raumordnung, Bauleitplanung und Fachplanung)**

22. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz: Die planungsrechtliche Neuordnung für On-Shore-Windenergieanlagen.
23. Die bauplanungsrechtliche Beurteilung von Windenergie- und Photovoltaikanlagen – System und Rechtfertigung der unterschiedlichen Steuerung im Außenbereich
24. Das Repowering von Windenergieanlagen: planungsrechtliche Grundlagen und Genehmigungsvoraussetzungen
25. Offshore-Windenergieanlagen: Das Zulassungsregime des WindSeeG und seine Neuerungen als Vorbild für die Steuerung des Ausbaus an Land?

26. Das LNG-Beschleunigungsgesetz: Beschleunigung durch Verzicht auf Umweltprüfungen?
27. Die Planung von Infrastrukturvorhaben durch Parlamentsgesetz – Vorzüge, Nachteile und Bedenken
28. Der Verzicht der Umweltprüfung und die Beschränkung der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen - das vereinfachte Verfahren nach § 13 BauGB und der Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a, 13b BauGB
29. Das neue Instrument des Gebiets mit einem angespannten Wohnungsmarkt (§ 201a BauGB) – Voraussetzungen und Anwendung im Städtebaurecht
30. Die Konkurrenz einander ausschließender Gestaltungsansprüche am Beispiel des Bau-, Immissionsschutz- und Straßenrechts
31. Corona-Pandemie und Planungsverfahren: das Planungssicherstellungsgesetz und sein Verhältnis zum allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht
32. Rechtsschutz gegen Bauleit- und Raumordnungspläne nach dem Umweltrechtsbehelfsgesetz
33. Die Bedeutung von Klimabelangen in der Planfeststellung von Fernstraßen, Eisenbahnlinien und Bundeswasserstraßen – Grundsätze und Anforderungen an die praktische Handhabung (unter bes. Berücksichtigung von BMDV, „Hinweise zur Berücksichtigung der großräumigen Klimawirkungen in der Vorhabenzulassung“ – VkB1. 2023, 70)